



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

X. Legislaturperiode

18. Sitzung vom 6. September 2010

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 - 22.00 Uhr

Leitung: A. Achermann

Anwesend: 37 Mitglieder

Abwesend: S. Brenneisen, S. Kaiser, U. Kunz

Präsident:

Protokoll:

Alex Achermann

Brigitte Christen

Begrüssung:

Präsident A. Achermann: „Ich begrüsse sie zur ersten Einwohnerratssitzung des neuen Amtsjahrs. Sie haben mich im Juni zum Einwohnerratspräsidenten gewählt. Ich danke Ihnen für ihre Wahl und das Vertrauen, das sie mir entgegenbringen. Allen, die mich in meiner Arbeit unterstützen, danke ich für ihre Bereitschaft und ihr Engagement.

Ich freue mich, über den Ratsbetrieb hinaus, den Einwohnerrat Binningen bei einer grossen Zahl von Anlässen zu vertreten und dabei eine Brücke zu schlagen zwischen unserem Gemeindeparlament und den Menschen, die in Binningen leben, und vielleicht an der Politik weniger interessiert sind.

Wenn ich Binningen mit anderen Gemeinden im Kanton Basel-Landschaft, in der Schweiz oder im grenznahen Ausland vergleiche, stelle ich fest, dass unsere Gemeinde Leistungen auf einem sehr hohen Niveau anbietet und erbringt. Auch punkto Erschliessung und Infrastruktur sind wir in Binningen - nach sachlichen Kriterien beurteilt - vergleichsweise auf einem sehr hohen Niveau bei einer vergleichsweise moderaten Steuerbelastung. Dieses hohe Niveau haben wir unter anderem erreicht, weil die politischen Behörden von Binningen in der Vergangenheit die Weichen in der überwiegenden Mehrzahl der politischen Fragen richtig gestellt haben. Dafür gehört unseren Vorgängerinnen und Vorgängern, den Mitgliedern des Gemeinderats und allen weiteren Beteiligten Dank und Anerkennung. Auf diesem Erfolgspfad voranzuschreiten, dazu möchte ich sie heute an der ersten Sitzung des Amtsjahres 2010/ 2011 erneut einladen.

Vor der heutigen Sitzung habe ich mich auf der Gemeindeverwaltung erkundigt, welche grösseren Geschäfte uns in diesem Jahr erwarten. Ich habe festgestellt, dass uns ein paar spannende Sitzungen bevorstehen könnten. Trotz vielleicht kontroverser Diskussionen bin ich überzeugt, dass wir uns weiterhin zu guten Entscheiden durchringen können, wie das in der Vergangenheit auch der Fall gewesen ist.

Ich habe auch festgestellt, dass wir in Binningen eine eindeutige Belebung des politischen Lebens erfahren. So viele Volksinitiativen und Referenden wie in dieser Amtsperiode hat es schon seit Jahren nicht mehr gegeben. Die Binningerinnen und Binninger sind sehr daran interessiert, was von ihren politischen Behörden geleistet wird und sie hinterfragen dies auch kritisch. Die pendenten Initiativen und Referenden sind für uns politisch Tätige eine Riesenchance, den Kontakt mit unseren Wählerinnen und Wählern zu pflegen und auch bisher nicht politisch Interessierte zunehmend in das politische Leben einzubeziehen. Die Basis der am politischen Leben Beteiligten zu erweitern, scheint mir - über alle Parteigrenzen hinaus - ein wichtiges Ziel in unserer politischen Arbeit zu sein. Sich am politischen Leben beteiligen zu können ist nicht selbstverständlich. Wir brauchen unseren Blick nur 5 bis 10 km nördlich und westlich über die Landesgrenze hinaus zu lenken, so sehen wir, wie es in zentral geführten Ländern abläuft. Dort läuft nämlich in relativ vielen Gemeinden politisch fast überhaupt nichts mehr und die politischen Behörden sind dazu degradiert, irgendwelche Subventionstöpfe zu verwalten, die zunehmend kleiner werden bei einem wachsenden Berg von Problemen.

In unserer Gemeinde hingegen haben wir beeindruckend viele Chancen zur Mitbestimmung: Wir entscheiden über Schlosstreppen, gemeinsame Werke mit Nachbargemeinden oder über den Ausbau von Sportanlagen. Wir bestimmen unsere Ortsplanung weitgehend selber und regeln die familienergänzende Kinderbetreuung. Sogar den Steuersatz bestimmen wir selbst, was meine Bekannten in Deutschland fast nicht glauben können. Dort wird er einfach von oben dekretiert und der Bürger bezahlt. Ich finde es grossartig, worüber wir in der Gemeinde, im Kanton und auf Bundesebene in der Schweiz mitbestimmen können.

Tragen wir Sorge zu unserem politischen Leben. Tragen wir Sorge zum Einwohnerrat, einem sehr wichtigen Teil unseres politischen Lebens in der Gemeinde. Tragen wir Sorge zu unserer eigenen Parlamentskultur. Ich lade sie ein zur engagierten Debatte in Anstand und gegenseitigem Respekt. Ich wünsche ihnen gute Entscheide im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner und zum Wohl der Gemeinde Binningen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

Mitteilungen des Präsidenten

A. *Achermann* gibt bekannt, dass Michel Hopf im Anschluss an die Juni-Sitzung nach insgesamt 18 Jahren, mit Unterbruch, seinen Rücktritt eingereicht hat. Er kann heute leider nicht anwesend sein. Er war bereits in der Zeit von 1989 bis 2003 Mitglied der FDP-Fraktion. Er hat während seiner Amtszeit in allen ständigen Kommissionen und in zahlreichen Spezialkommissionen mitgewirkt. Im 1999/2000 war er Präsident des Einwohnerrats. Vor zwei Jahren wurde er für die Grünliberale Partei erneut ins Parlament gewählt. Obwohl keiner Fraktion zugehörend hat er sich pointiert zu vielen Geschäften geäußert. Er dankt Michel Hopf bestens und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Erfreulicherweise können heute drei neue Ratsmitglieder begrüßt werden: Erika Bättig Knotek und Patricia Kaiser für die SP-Fraktion und Jean-Bernard Urech für die Grünliberalen. Er heisst die drei Neuen herzlich willkommen und wünscht Ihnen viel Erfolg und Befriedigung bei ihrer politischen Arbeit.

Neu eingereichte Vorstösse:

Interpellation FDP: Kinderspielplatz Drissel; Gesch. Nr. 122

Es wird kein Wortbegehren gestellt. Der Vorstoss geht zur Beantwortung an den Gemeinderat.

Mitteilung aus dem Büro / Traktandenliste

An der Sitzung vom vergangenen Freitag musste festgestellt werden, dass die vorgesehene Wahl des GRPK-Präsidiums nicht vorgenommen werden kann und daher entfällt. Die Wahl soll an der Oktober-Sitzung stattfinden. Bis dahin wird die Kommission durch den Vizepräsidenten G. Metz geleitet.

Die SP-Fraktionspräsidentin *V. Dubi* hat beantragt, dass gleichzeitig mit der Wahl eines Mitglieds ein drittes stellvertretendes Mitglied gewählt werden soll.

Dagegen wird kein Einwand erhoben.

Traktandenliste	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 21.6.2010	
2. Antrag des Gemeinderats vom 17.8.2010: Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungs- kommission sowie Wahl des Präsidiums für die restliche Amtsperiode	115
3. Antrag des Gemeinderats vom 1.6.2010: Ersatzwahl eines Mitglieds in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode	114
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.8.2010: Neubau des Garderobengebäudes auf der Sportanlage Spiegelfeld: Bewilligung eines Planungskredits von CHF 325'000.—	120
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.8.2010: Gemeinsamer Werkhof Binningen / Bottmingen	62 A
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.4.2010: Bewilligung eines Kredits von CHF 90'000.— für die Anschaffung eines Kommunalfahrzeugs als Ersatz für einen Aufsitzrasenmäher	103
7. Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats 3.8.2010 zum SVP- Postulat: Direkte Subjektfinanzierung bei der familienexternen Kinderbetreuung auch im Kindergarten- und Primarschulalter	117
8. Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats 17.8.2010 zum CVP-Postulat: Weniger aufgerissene Kehrrietsäcke in Binninger Strassen	113
9. Interpellation SVP vom 18.6.2010: Minikreisel und Blumenrabatten an der Paradiesstrasse Antwort des Gemeinderats	116
10. Diverses	

Traktandum 1

Das Protokoll der Sitzung vom 21. Juni 2010 wird genehmigt.

Traktandum 2**Gesch. Nr. 115**

Antrag des Gemeinderats vom 17.8.2010:

Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission sowie Wahl des Präsidiums der GRPK für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012

SP: V. Dubi benennt Patricia Kaiser als neues Mitglied und als stellvertretendes Mitglied Erika Bättig Knotek.

Es werden keine weiteren Personen nominiert.

- ://:** **2.1 Für die restliche Amtsperiode wird als Mitglied Patricia Kaiser, SP, und als stellvertretendes Mitglied wird Erika Bättig Knotek, SP, in stiller Wahl gewählt.**
- 2.2 Die Ersatzwahl des Präsidiums wird auf die nächste Sitzung verschoben.**

Traktandum 3**Gesch. Nr. 114**

Antrag des Gemeinderats vom 1.6.2010:

Ersatzwahl eines Mitglieds in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012

SP: V. Dubi nominiert Barbara Jost Zürcher zur Wahl.

Es werden keine weiteren Personen vorgeschlagen.

- ://:** **Für die restliche Amtsperiode wird Barbara Jost Zürcher, SP, als Mitglied in die BPK in stiller Wahl gewählt.**

Traktandum 4**Gesch. Nr. 120**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.8.2010:

Neubau des Garderobengebäudes auf der Sportanlage Spiegelfeld: Bewilligung eines Planungskredits von CHF 325'000.—

Eintreten:

SP: T. Rehmann: Dieses Geschäft ist schon länger aktuell. Ihre Fraktion hat Fragen zur Tribüne und zum Raumprogramm. Im Vorfeld soll es in der Bau- und Planungskommission behandelt werden, wo diese Anliegen eingebracht werden. Auf klare Ablehnung stösst der Schwingkeller. Im Zuge der laufenden Sparübung erscheint die Ausgabe von fast einer halben Million völlig fehl am Platz.

Als aktiver Tennisspieler bedauert *R. Ewald, SVP*, dass auf der neuen Anlage kein entsprechender Platz für diesen Trendsport eingeplant ist. Denn die Gemeinde verfügt nur über einen einzigen. Die Vorlage gibt kaum konkrete Auskunft, beispielsweise über den Kubus des neuen Gebäudes. Minergie-Eco ist ein Firmenlabel von Eco-Bau und bedeutet Minergie-Standard plus Gesundheit und Bauökologie. Dass ein Neubau in jedem Fall der Gesundheit den Benützenden nicht schaden darf, sollte selbstverständlich sein. Wenn die gesetzlichen Bestimmungen und SIA-Normen eingehalten werden, ist unökologisches Bauen gar nicht möglich. Weshalb dafür zusätzlich 10 bis 20 % aufgewendet werden sollen, ist nicht einzusehen. Das Projekt soll in einem Architekturwettbewerb mit fixer Entschädigung ausgeschrieben werden, was problematisch ist. Der beim Alters- und Pflegeheim Schlossacker gemachte Fehler darf sich nicht wiederholen. Bekanntlich führte die nachträglich nötige Anpassung des Kubus zu einer eklatanten Kostenüberschreitung. Der heute beantragte Kredit von 325'000 Franken müsste zu den voraussichtlichen 4 Mio. hinzugerechnet werden. Die veranschlagten Kosten von rund einer halben Million für den Schwingkeller sind extrem hoch. Nicht vergessen werden darf, dass auch für die Sanierung der Sauna der Baukredit mit 1,5 Mio. hinzu kommen wird und ausserdem die Platzbeleuchtung mit 300'000 Franken. Insgesamt muss von über 6 Mio. ausgegangen werden. Auch wenn in der Vorlage von namhaften Beiträgen der Nachbargemeinden die Rede ist, dürfte dies höchstens auf Bottmingen und nur in bescheidenem Rahmen zutreffen. Aufgrund dieser Erwägungen plädiert seine Fraktion für die Überweisung an die BPK.

Grüne/EVP: B. Büschlen: Ihre Fraktion wartet gespannt auf die Projektarbeiten der Architekten. Die Sportanlage ist mit dem ÖV sehr gut erschlossen und verfügt über genügend Parkplätze, weitere werden als unnötig erachtet. Minergie Standard ist heute bei neuen Gebäuden selbstverständlich, Minergie-Eco wird begrüsst ebenso eine Fotovoltaikanlage. Das Raumprogramm ist nicht luxuriös, aber zweckmässig und flexibel. Aus Erfahrung weiss sie, welche Kosten allein der Fussballverband den Vereinen berechnet, und dies auch für Junioren. Ohne weitere Einnahmequellen hielten sich die Mitgliederbeiträge für Familien nicht in einem vertretbaren Rahmen. Bekanntlich fördert der Sport nicht nur die Gesundheit, sondern spielt eine wesentliche Rolle beim Entwickeln von sozialen und integrativen Fähigkeiten. Ein Klublokal ist daher notwendig, zumal es auch vermietet werden kann. Bei dieser Gelegenheit möchte sie allen Juniorentrainern und Betreuern danken für ihr grosses, unentgeltlich geleistetes Engagement. Fragezeichen setzt ihre Fraktion zur Prioritätensetzung der Bauprojekte. In der KAP-Vorlage wird bereits wieder ein Mehrbedarf ausgewiesen, welcher in der Finanzplanung noch nicht berücksichtigt ist. Ihre Fraktion stuft die Realisierung dieses Projekts als deutlich höher ein als den Werkhof; sie wird dem Planungskredit zustimmen, hat aber auch keine Einwände gegen eine vorherige Überweisung an die BPK. Als unverhältnismässig wird jedoch der Schwingkeller abgelehnt. Es ist durchaus vertretbar, dass diese Randsportart ein Lokal bei einer umliegenden Gemeinde mitbenützt.

CVP: A. Alt ist darüber erfreut, dass das von der CVP postulierte Anliegen erfüllt werden soll. Ihre Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen das Projekt, doch im Hinblick auf die hohen Kosten, ist die Überweisung an die BPK gerechtfertigt, um alle offenen Fragen abzuklären.

FDP: D. Zimmermann hält das gewählte Vorgehen mit einer Machbarkeitsstudie für richtig. Diese sorgt für die wünschbare Planungssicherheit und Kostentransparenz. Positiv zu erwähnen ist, dass die Bedürfnisse bei den Vereinen und Erhebungen mit vergleichbaren Sportanlagen vorgenommen worden sind. Gewisse Punkte, wie Minergie-Eco sind auf das Kosten-/Nutzenverhältnis zu hinterfragen. Auch die Verkehrserschliessung darf bei einem solchen Projekt nicht unterschätzt werden. Es kann auch unter dem Aspekt einer regionalen Sportanlage betrachtet werden. Das genaue Raumprogramm muss nochmals unter die Lupe genommen werden. Die Frage eines zusätzlichen Kraftraums ist abzuklären. Besondere Aufmerksamkeit verdient auch die Kostenbeteiligung der Nachbargemeinden. Die verschiedenen Möglichkeiten der Trägerschaft, z. B. als Sportgenossenschaft u. a. m. sind vertieft durch die BPK zu prüfen.

SVP: F. Gerber regt an, dass die Vertreter der verschiedenen Sportclubs ebenfalls Gelegenheit erhalten, ihre Bedürfnisse in der BPK vorzubringen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *B. Gehrig* hat Verständnis dafür, dass das Geschäft an die BPK überwiesen wird. Bei diesem Projekt sind sehr viele Einwohner/innen involviert, nicht zuletzt auch die Schule. Dem Argument, dass von den Klubs ein höherer Beitrag erwartet wird, ist entge-

gen zu halten, dass sowohl vom Sportklub als auch vom Leichtathletikklub bereits sehr viel wertvolle Freiwilligenarbeit geleistet wird. Bezüglich Schwingkeller muss daran erinnert werden, dass im Mai die entsprechende Motion dem Gemeinderat überwiesen wurde. Der Meinungsumschwung in dieser kurzen Zeit ist problematisch, denn an der Ausgangslage hat sich nichts geändert. Er plädiert für Annahme des Projektierungskredits; eine günstigere Lösung kann sich durchaus ergeben. Weil der Schwingsport regionale Bedeutung hat, sind Subventionsmöglichkeiten nicht auszuschliessen.

FDP: R. Moll doppelt nach, dass die überwiesene Motion betreffend Schwingkeller verpflichtend ist. Wie er aus verschiedenen Voten entnimmt, ist der seit 65 Jahren bestehende Verein in Binningen nicht mehr erwünscht. Er hält es für sehr bedauerlich, dass unser Gesellschaftssystem nicht mehr auf lokale Vereine angewiesen ist, auch wenn es sich um eine Randsportgruppe handelt. Für den Betrag von 495'000 Franken kann ein Einfamilienhaus exklusive Land erstellt werden. Der Betrag wurde wohl bewusst so hoch veranschlagt, damit der Schwingkeller nicht realisiert werden muss.

SVP: U.-P. Moos ist ebenfalls irritiert von den hohen Kosten für den Schwingkeller. Ausgehend vom Raumprogramm von 800 m² für den SCB und LAR in Höhe von 3,5 Mio. ergibt sich ein Preis von knapp 4500 Franken pro m² bzw. umgelegt auf den Schwingkeller könnten mit der halben Million 110 m² verbaut werden, und dies obschon die Infrastruktur bereits vorhanden ist. Gespannt erwartet er die Antworten auf entsprechende Fragen in der BPK.

Grüne/EVP: R. Bänziger verweist darauf, dass die Motion Abklärungen bezüglich Varianten in Oberwil, Basel und Binningen verlangt, die noch ausstehend sind. Es wird nicht aufgezeigt, wie hoch die einmaligen und die wiederkehrenden Kosten sind. Ohne diese Kenntnis ist die Stellungnahme zum beantragten Kredit kaum möglich.

FDP: M. Ziegler regt an, über den Antrag auf Überweisung an die BPK abzustimmen, wo alle diese Detailfragen abgeklärt werden können.

V. Dubi, SP, unterstützt diesen Antrag.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Das Geschäft wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.
--

Traktandum 5

Gesch. Nr. 62 A

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.8.2010:

Gemeinsamer Werkhof Binningen / Bottmingen: Bewilligung eines Planungskredits von CHF 315'000.—

Eintreten:

FDP: W. Müller: Die neue Vorlage ist nun aussagekräftig: Die Synergien werden quantifiziert aufgezeigt. Zudem ist der Landpreis nun angemessen. Einverstanden ist seine Fraktion auch mit den jährlichen Einsparungen und mit dem Verteilschlüssel für die Planungs- und Baukosten. Problematisch erscheint jedoch noch die Rechtsform, nämlich ob Zweck- oder Aktiengesellschaft. Diese Frage muss der Gemeinderat nochmals gründlich prüfen. Nicht einverstanden ist die FDP mit dem Gebäudekonzept. Weder im BPK-Bericht noch in der Sitzung war die Rede von einem mehrgeschossigen Massivbau gegenüber einem eingeschossigen Hallenbau. Es versteht sich von selbst, dass ein Massivbau mit erheblichen Mehrkosten verbunden ist. Im Gegensatz dazu wünscht seine Fraktion einen Hallenbau in Leichtbauweise, z. B. 7 m hoch mit Unterkellerung. Gerade wegen der Grund- bzw. Hochwassergefahr drängt sich ein solches Vorgehen auf. Abklärungen mit zwei namhaften Ingenieurbüros und einem erfahrenen Architekten zeigen auf, dass eine Halle in Leichtbauweise mit Unterkellerung immer kostengünstiger ausfällt als ein ebenerdiger Flachbau. Letzterer mit

einem Raumprogramm von 3000 m² benötigt einen Landbedarf von 6000 m². Die bebaute Fläche beträgt nur rund 1500 m², d. h. die Hälfte, was auch für den Landbedarf für den Fassaden- und Dachanteil usw. zutrifft. Wesentlich ist jedoch das Betriebskonzept. Im Untergeschoss steht viel Lagerraum zur Verfügung, z. B. für Kleinmaschinen, Salzlager, Ersatzteile usw. Im gemeinderätlichen Bericht steht auf Seite 3, unter Ziffer 2.6 die höchst fragwürdige Aussage: je mehr Land gebraucht werde, umso mehr müsse Bottmingen bezahlen. Zur Abfallsammelstelle wird ausgeführt, dass aufgrund der knappen Platzverhältnisse diese Idee nicht weiterverfolgt werde. Eine solche Sammelstelle ist heute jedoch ein absolutes Muss.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die FDP-Fraktion einen gemeinsamen Werkhof befürwortet. Die kostensenkenden Synergien sind nachweisbar, die Betriebsgrösse ist optimal und schliesslich können an der Parkstrasse attraktive Wohnungen erstellt werden. Um eine Verzögerung des Projekts zu vermeiden, wird auf eine Rückweisung verzichtet. Die folgenden Empfehlungen sind aber unbedingt zu beachten: Das Gebäudekonzept mit Untergeschoss muss nochmals überprüft werden. Dies gilt auch für die Organisationsform. Eine Abfallsammelstelle ist zwingend zu realisieren. Ausserdem muss in den Abstimmungsunterlagen der Landbedarf von 6000 m² bzw. 3000 m² ersichtlich sein. Seine Fraktion befürwortet die beiden Anträge des Gemeinderats.

Grüne/EVP. R. Bänziger dankt dem Gemeinderat für den vorliegenden zweiten Bericht. Obwohl gewisse Fragen beantwortet werden, ergeben sich auch wieder neue, z. B. weshalb plötzlich der Landbedarf doppelt so hoch ausfällt. Sie möchte eine Begründung dafür. Aufgrund dieser Sachlage kann nun keine Parzelle mehr ausgeschieden werden, ohne den Zwang den Werkhof erdgeschossig bauen zu müssen. Dies könnte aber an der Birkenstrasse zu Mehrkosten infolge zusätzlicher Sicherungen bezüglich Hochwasserschutz führen. Bevor das jetzige Areal des heutigen Werkhofs mit Gewinn verkauft werden kann, muss er vorher abgebrochen werden. Die Abbruchkosten und ein Sanierungsaufwand des allenfalls kontaminierten Geländes sind nicht aufgeführt. Die aufgelisteten Einsparungen sind sehr optimistisch, eine genauere Aufschlüsselung wäre wünschenswert. Eine Vollkostenrechnung ist bereits heute wichtig. Dass sich der Binninger Anteil beim Werkhof in den ersten fünf Jahren selber finanziert, erweist sich als Trugschluss; denn das Einsparungspotenzial von 3,5 Mio. ist für beide Gemeinden zusammen errechnet und ist somit wesentlich kleiner. Was für ihre Fraktion keinesfalls in Frage kommt, ist die Finanzierung über den Landverkauf, daran hält der Gemeinderat aber nach wie vor fest. In Anbetracht der KAP-Massnahmen, der unvorhergesehenen Ausgaben für den Finanzausgleich, das Projekt Schlossacker sowie die Sanierung der Pensionskasse, die auf Binningen zukommen, muss eine einmalige Investition sehr wohl überlegt werden, besonders weil für den Werkhof keine Dringlichkeit besteht. Aus diesen Gründen lehnt ihre Fraktion den Planungskredit ab. Eine Anmerkung möchte sie zum zweiten Antrag machen: Das Behördenreferendum ist ein sehr wichtiges Instrument der Legislative, welches ein Eindrittelmehr benötigt. Dass die Exekutive dies vorschlägt, ist doch sehr unüblich. Sie fragt sich, welche Absicht hinter diesem Vorgehen steckt. Grundsätzlich soll das Volk darüber abstimmen können, doch über den zweiten Antrag ist ihre Fraktion zumindest höchst erstaunt.

SP: A. Braun: Auch wenn der Zeitpunkt nicht ideal fällt, befürwortet seine Fraktion nach wie vor das Zusammenspannen für einen gemeinsamen Werkhof. Es handelt sich um ein langfristiges Projekt. Ein Danke geht an die Verwaltung für diese gute zweite Vorlage, welche die vom Einwohnerrat vorgegebenen Aspekte berücksichtigt. In Anbetracht des Grundwasserproblems wird mit der einstöckigen Bauweise kein grosses Risiko eingegangen, zudem kommt sie günstiger zu stehen. Nicht zuletzt ist die Anwohnerschaft mit dieser Höhe des Gebäudes einverstanden. Seine Fraktion hält es nicht für realistisch, noch Bauland auszuscheiden, weil die Fläche jetzt schon relativ gross ist. Und aus rein finanziellen Erwägungen soll kein weiteres Bauland ausgezont werden. Bedenken bestehen aber aufgrund der massiven Verkleinerung des Schulareals. Dieses sollte mehr als 800 m² betragen. Allenfalls wird diesbezüglich ein Antrag eingereicht. Erfreulich ist der höhere Landpreis, den Bottmingen bereit ist zu bezahlen. Zusammen mit dem Erlös aus dem Verkauf der Liegenschaft an der Parkstrasse lässt sich ein guter Teil des Projekts finanzieren. Das dortige Gelände darf aus Sicht der SP nicht dem Meistbietenden verkauft werden, sondern sollte für Genossenschaftswohnungen genutzt werden. Positiv ist ausserdem die Aussage, dass der Zusammenschluss zu keinen Personalentlassungen führen wird. Ein Zweckverband mit öffentlich-rechtlichen Verträgen für die Angestellten erscheint sinnvoll. Mittelfristig sind bereits Einsparungen bei der Infrastruktur und den

Sachkosten möglich, obwohl die angegebene Jahreszahl von 2015 auf Seite 1 wohl 2018 lauten muss. Ein besonderes Lob verdienen die Bestrebungen im Energiebereich, Solaranlage und Miner-gie-Eco-Standard. Es bleibt zu hoffen, dass die WBA die nötige Energie aus alternativen Quellen liefern kann. Um die Sache zügig voran zu treiben, erscheint eine Direktberatung vertretbar.

GLP: J.-B. Urech: Als Neuling im Rat sieht er die Sache unvoreingenommen. Er fragt sich, ob die hervorgehobenen Einsparungen von Arbeitsstunden nicht zu einem grossen Teil durch die langen Anfahrtswege wieder aufgehoben werden. Auf dem Industrieareal wäre auch ein weiterer Horizont bis Oberwil, Biel-Benken oder bis Allschwil in Betracht zu ziehen, was einer Idealgrösse von 30'000 Einwohnern entsprechen würde. Für Binningen besteht ja kein Zeitdruck.

CVP: A. Alt bedankt sich beim Gemeinderat für die umfangreichen Abklärungen. Ihre Fraktion steht überzeugt hinter dem Vorhaben. Es macht keinen Sinn, nochmals die gleichen Fragen wie schon im März zu diskutieren. Der Werkhof mit Standort am Birkenweg kann wegen der Zufahrt ausschliesslich gemeinsam mit Bottmingen umgesetzt werden. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt dazu. Die aufgezeigten Vorteile überwiegen deutlich. Das Argument, dass der Bau sich praktisch selber finanziert, hält sie für glaubwürdig. Einzige Bedingung: ein Ökihof muss unbedingt nochmals geprüft werden.

FDP: J. Humbel erscheint es wichtig, dass zum guten Verhältnis mit Bottmingen Sorge getragen wird. Die Nachbargemeinde ist beim Landpreis entgegen gekommen. Es könnte durchaus sein, dass Binningen in einigen Jahren mit einem Projekt in Zugzwang steht und darauf angewiesen ist, dass Bottmingen Hand bietet.

SVP: U.-P. Moos kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Binningen die Interessen von Bottmingen hoch hält. Das ist für die SVP nicht akzeptabel. Wie R. Bänziger bereits erwähnte, ergeben sich neue Fragen aufgrund der vorliegenden Fakten. Es muss erneut betont werden, dass keine Dringlichkeit besteht, so dass das Geschäft nochmals in der BPK geprüft werden kann. Zum Beispiel weshalb der Sportplatz massiv verkleinert werden soll. Bezüglich Finanzierung besteht kein Zweifel, dass nur entweder die Sportanlage Spiegelfeld oder der gemeinsamen Werkhof tragbar ist. Wenn der SP-Fraktion auch noch Genossenschaftswohnungen an der Parkstrasse vorschweben, geht die Sache nicht auf. Unklar ist, woher das Sparpotenzial herkommen soll. Es ist nicht von Entlassungen die Rede, jedoch von Stellenabbau. Das Argument des GLP-Sprechers bezüglich Erschliessung via Bottmingen und die Wartezeiten vor der Barriere ist nicht von der Hand zu weisen. Die SVP-Fraktion wird die Vorlage weiterhin bekämpfen. Abschliessend stellt er den Antrag zur Überweisung der Vorlage an die BPK.

FDP: M. Ziegler vertritt die Meinung, dass zwar keine Dringlichkeit für Binningen, aber eine Verpflichtung zur vorausschauenden strategischen Entwicklung und Planung besteht. Zum einen bietet sich die Chance, am jetzigen Standort hochwertigen Wohnraum zu schaffen, zum andern darf festgehalten werden, dass es dem Gemeinderat gelungen ist, einen bedeutend besseren Landpreis auszuhandeln. Ein grosses Anliegen ist es ihm, dass die Rechtsform gründlich und kritisch hinterfragt wird. Eine Leitung wie beim Gartenbad Bottmingen hält er für völlig unzweckmässig. Die beiden Betriebe können ohnehin nicht miteinander verglichen werden. Die Führung eines Werkhofs von zwei Gemeinden ist wesentlich anspruchsvoller und umfasst viel mehr Angestellte.

U.-P. Moos fasst seine kritischen Anmerkungen wie folgt zusammen: Der Landpreis ist immer noch ungenügend; dies war kaum anders zu erwarten. Der Einwand der Grünen/EVP bezüglich eines allfälligen kontaminierten Areals an der Parkstrasse könnte für unliebsame Überraschungen sorgen wie beim Imhof-Haus. Durch den Stellenabbau muss Binningen eine Einbusse beim Potenzial in Kauf nehmen. Wenn Arbeiten ausgelagert werden, bleibt fraglich, ob dies letztlich kostengünstiger ausfällt und in gleicher Qualität.

SP: V. Dubi findet es entschieden unkorrekt, wenn versucht wird, den Sportplatz Spiegelfeld und den Werkhof gegeneinander auszuspielen. Im Übrigen sind die Meinungen gefasst. Ob der gemeinderätliche Antrag für das Behördenreferendum völlig regelkonform ist oder nicht, sie hält es für richtig, dass das Volk über den neuen Werkhof entscheiden kann. Aufgrund dieses Abstimmungsergebnisses kann die Planung fortgesetzt oder abgebrochen werden.

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Schuler* bittet um Verständnis, wenn es ihr nicht möglich ist, auf die vielen Voten bis ins Detail einzugehen. Zum Zeitpunkt, ob jetzt oder erst in einigen Jah-

ren: Auch wenn alles nach Plan läuft, dauert es mit der Vorlaufzeit mindestens fünf Jahre, bis der neue Werkhof eingeweiht werden könnte, also frühestens im 2013. Aus ihrer Sicht ist es richtig, sich jetzt mit dem Thema zu befassen, besonders da sich heute eine gute Chance bietet. Zur Finanzierung schliesst sie sich ganz dem Votum der Vorrednerin an. Beim Wettbewerb kann die Bauweise offen bleiben, so dass verschiedene Varianten mit oder ohne Unterkellerung entwickelt werden können. Zur Frage eines Ökihofes: dabei muss unterschieden werden zwischen einer Abfallsammelstelle, wie sie bereits heute im Werkhof vorhanden ist. Ein Ökihof kann dort nicht eingerichtet werden, weil dies viel Publikumsverkehr bedeutet. Meist werden solche Stellen von privaten Anbietern betrieben. Der Gemeinderat ist bereit, die Rechtsform nochmals gründlich zu diskutieren. Diese Frage muss nicht heute entschieden werden; wertvoll wäre es, die konkreten Anliegen zu kennen. Bezüglich Schulareal: die Schulleitung der Primarschule wurde angefragt und gab die Auskunft, dass die 800 m² ausreichen. Und schliesslich zum Votum von J.-B. Urech: In Basel existieren mehrere Werkhöfe; diese sind auf verschiedene Standorte und Quartiere verteilt. Sie umfassen jeweils rund 20'000 Einwohner/innen. Diese Grösse wurde von einem Experten als angemessen eruiert. Was den Zufahrtsweg anbelangt, wird dieser kaum länger ausfallen. Die erwähnte BLT-Barriere behindert die Gärtnerfahrzeuge bei der Blumenstrasse bereits heute. Nachdem der Gemeinderat beraten, verhandelt und alle gewünschten Auskünfte erteilt hat, bittet sie den Rat, den Planungskredit zu genehmigen. Vor bald einem Jahr hat die Gemeindeversammlung in Bottmingen dem Projekt zugestimmt. Der Antrag für das Behördenreferendum beschleunigt den Entscheid. Andernfalls könnte dieses später ergriffen werden, was eine Verzögerung um Monate bedeutet. Das Volk soll entscheiden, bevor die Planung weiter geht.

U.-P. Moos verweist darauf, dass der entsprechende Antrag vom Einwohnerrat gestellt werden muss. Es stehen noch zahlreiche offene Fragen im Raum. Der Einwohnerrat als Volksvertretung will diesen offenbar nicht auf den Grund gehen. Stattdessen soll das Geschäft im Interesse von Bottmingen beschleunigt werden. Zudem können auf diese Weise die Werkhofgegner ihre Argumente bei den Abstimmungsunterlagen nicht einbringen. Die Verantwortung wird auf die Bevölkerung abgeschoben. Die SVP-Fraktion behält sich vor, bei jeder Gelegenheit das Referendum gegen den Werkhof zu ergreifen.

Damit die Form gewahrt bleibt, erklärt sich *M. Ziegler, FDP*, bereit, den Antrag bezüglich Behördenreferendum zu stellen, vorausgesetzt der Rat stimmt vorab dem Planungskredit zu. Im Zusammenhang mit dem Baukredit besteht später nochmals die Möglichkeit, das Referendum zu ergreifen. Es handelt sich um ein wichtiges, über die Gemeindegrenze hinaus gehendes Geschäft, zu welchem die Einwohner/innen Gelegenheit erhalten sollen, sich zum jetzigen Zeitpunkt zu äussern.

://: Eine deutliche Ratsmehrheit lehnt den SVP-Antrag auf erneute Überweisung des Geschäfts an die Bau- und Planungskommission ab.

SVP: U.-P. Moos stellt den Ordnungsantrag, dass betreffend Überweisung an die BPK die Stimmen ausgezählt werden. Dies gibt wichtige Hinweise im Hinblick auf die Volksabstimmung.

://: Mit 14 Ja, 21 Nein bei 2 Enthaltungen wird der SVP-Antrag auf Überweisung des Geschäfts an die Bau- und Planungskommission abgelehnt.

Detailberatung

Grüne/EVP: R. Bänziger weist darauf hin, dass verschiedene von ihr gestellte Fragen noch nicht beantwortet worden sind, z. B. betreffend doppelter Landbedarf, Höhe der Abbruchkosten und genauere Aufschlüsselung der Einsparungen.

Gemeinderätin A. Schuler antwortet: Wenn das Areal an der Parkstrasse verkauft wird, muss beim Preis der Abbruch berücksichtigt werden. In der Regel übernimmt der Käufer diesen. Des Weiteren ist noch nicht sicher, ob letztlich 6000 m² für den Werkhof benötigt werden. Der Gemeinderat erachtet es nicht als sinnvoll, in diesem Gebiet eine Wohnparzelle auszuscheiden; die Gründe dafür sind im Bericht aufgeführt. Für den Wettbewerb bleiben Fläche und Anzahl Geschosse offen. Es wird Einsparungen im Bereich Personalkosten geben. Diese sind ohne Entlassungen allein aufgrund von Pensionierungen im 2015 möglich und weil heute einige Stellen temporär besetzt sind. Ausser-

dem ergeben sich geringere Kosten bei Materialanschaffungen durch den Einkauf grösserer Mengen sowie bessere Nutzung der Lager; ausserdem wird der Fahrzeug- und Maschinenpark optimaler ausgelastet. Ein wichtiger Faktor ist die Infrastruktur. Der Raumbedarf für einen gemeinsamen Werkhof ist kleiner als für zwei separate (Nassräume, Heizung, Personal- und Lagerräume usw.). Ausserdem wird weniger Verkehrsfläche benötigt. Die Energie- und Unterhaltskosten fallen geringer aus.

Für C. Anliker, SVP, ist die Antwort betreffend Abbruchkosten nicht befriedigend. Diese müssen bei der Kostenrechnung berücksichtigt werden. Irritiert ist er auch über die Haltung der FDP, welche einerseits den Planungskredit bewilligen und andererseits sparen will.

SP: V. Dubi erscheint diese Frage derzeit nicht relevant, da ja auch nicht fest steht, zu welchem Preis in einigen Jahren das Werkhofareal verkauft werden kann. Die Frage des Verkaufs hat nichts mit der zur Debatte stehenden Planung und dem Bau eines Werkhofs zu tun.

Gemeinderätin A. Schuler erinnert im Zusammenhang mit der Abbruchfrage an den Kindergartenneubau beim Neusatz-Schulhaus. Zur Finanzierung des neuen wurde jener an der Bündtenmattstrasse dem Meistbietenden verkauft. Der neue Eigentümer hat die Liegenschaft abreißen lassen, auch ein Umbau wäre jedoch möglich gewesen.

Gemeindepräsident C. Simon erläutert zum Landverbrauch, dass sich die 3000 m² rein auf das Raumprogramm bezogen. Vertiefte Abklärungen ergaben nun, dass es mindestens 5000 m² bzw. 6000 m² braucht, weil ein Werkhof nicht nur das Gebäude umfasst, sondern auch Verkehrsfläche benötigt. Der Wettbewerb wird dazu Aufschluss geben.

Grüne/EVP: R. Bänziger: Weil der neue Werkhof mit dem Verkauf des bisherigen finanziert werden soll, erachtet sie es als entscheidend, dass Angaben vorliegen, mit welchem Erlös gerechnet werden kann. Was den Vergleich mit dem Kindergarten Neusatz betrifft, war zum Voraus bekannt, dass für jenen an der Bündtenmattstrasse rund 2,3 Mio. Franken für das Land gelöst werden. Zur Kostenaufschlüsselung wäre es interessant zu erfahren, welchen Prozentsatz anteilmässig die aufgeführten Zahlen im ersten Betriebsjahr ausmachen. Sie geht davon aus, dass der grösste Teil an Einsparungen bei den Personalkosten anfallen wird.

SVP: U.-P. Moos entgegnet auf das Votum von C. Simon, dass die Vorlage in vier Sitzungen in der BPK beraten wurde. In der ersten Vorlage des Gemeinderats war von 5000 m² die Rede. Die Antwort auf die entsprechende Rückfrage liess darauf schliessen, dass diese Fläche nicht benötigt würde. Daher stellte die BPK die Forderung, eine Parzelle für andere Nutzung auszuzonen. Dieses Beispiel zeigt, dass die Sache nicht wirklich durchdacht ist.

SP: T. Rehmann bestätigt, dass auch sie über den viel höheren Landanteil erstaunt ist. Bekanntlich benötigen Primarschüler/innen mehr Platz als ältere. Deshalb stört es sie, dass das Areal der Schule um 1000 m² verkleinert werden soll. Dies stand bisher nie zur Diskussion.

EVP/Grüne: P. Buess zeigt aufgrund einer Aussage auf Seite 17 auf, wie vage die Vorstellungen sind. Dort heisst es: „Einsparungen bei den Personalkosten ergeben sich grundsätzlich durch eine flexiblere Arbeitsweise an einem einzigen Standort.“ Aus seiner Sicht werden praktisch alle Arbeiten draussen verrichtet. Er ist daher auch skeptisch gegenüber den weiteren Ausführungen, insbesondere zum Einsparpotenzial.

FDP: M. Ziegler wirft ein, dass die Marktwirtschaft den Verkaufspreis bestimmt. Wie erwähnt übernimmt in der Regel der Käufer den Abbruch. Zudem ist es kein Geheimnis, dass bei Fusionen von Dienstleistungsbetrieben zum Synergiepotenzial auch die Personalkosten zählen. Seines Erachtens ist es richtig, dass grosszügig geplant wird im Sinne einer langfristigen Lösung und insbesondere, falls weitere Gemeinden angeschlossen würden. Hier geht es eigentlich um zwei Projekte, einerseits den Werkhof, andererseits die Schaffung von Wohnraum, wobei Binningen einen deutlichen Vorteil und Nutzen zieht.

SVP: A. Gerber erscheint die Frage der Abbruchkosten von R. Bänziger berechtigt. So viel er weiss, ist der Preis für bebauten Land rund 30 % tiefer als von unbebautem.

SVP: U.-P. Moos wiederholt, dass auch mögliche Sanierungskosten in Betracht gezogen werden müssen, welche noch höher als jene für den Abbruch ausfallen könnten. Diese müssten jedenfalls vom Verkäufer getragen werden. Zum Stichwort freie Marktwirtschaft hält er fest, dass bei Fusionen manchmal auch das Gegenteil von Synergien eintrifft.

Gemeinderat M. Keller ist durchaus bereit, einen möglichen Liegenschaftsabbruch einzukalkulieren. Die genannte Zahl entbehrt jedoch einer Grundlage; zwischen Erschliessungs- und Abbruchkosten muss differenziert werden, letztere sind nicht das Entscheidende. Es ist selbstverständlich, dass in einem weiteren Schritt dieser Aspekt berücksichtigt werden muss. Im Moment geht es jedoch um die Planung. Auf dieser Basis können praktisch alle heute Abend gestellten Fragen beantwortet werden. Bevor das Projekt weiter vorangetrieben wird, ist es für die Exekutive wichtig, die Meinung der Einwohnerschaft zu kennen.

Gemeinderätin A. Schuler kommt zurück auf das Votum betreffend Verkleinerung des Spielfeldes der Schule. Die zuständigen Personen der Primarschule Mühlematt wurden bereits im Frühling einbezogen. Es geht nicht einfach Platz verloren, sondern dieser wird anders und besser angeordnet. Auch diesbezüglich kann aufgrund des Wettbewerbs eine Änderung eintreten. Die ab fünftem Betriebsjahr ausgewiesenen jährlichen Einsparungen von 0,9 Mio. sind selbstverständlich nicht allein wegen der drei eingesparten Stellen; diese machen weniger als 50 % aus.

Mit 23 Ja, 13 Nein bei 1 Enthaltung wird beschlossen:

://: 5.1 Für die Planung eines Werkhofgebäudes wird eine Investitionsausgabe von CHF 315'000.— bewilligt.

Präsident A. Achermann gibt bekannt, dass für den zweiten Beschluss 13 Ja-Stimmen notwendig sind, damit das Behördenreferendum zustande kommt.

SVP: U.-P. Moos: Seine Fraktion lehnt den zweiten Beschluss ab. Es sind zu viele wichtige Fragen offen. Die Verantwortung wird damit auf den Souverän abgeschoben.

FDP: M. Ziegler begründet seinen Antrag für das Behördenreferendum wie folgt: Es ist ein Punkt erreicht, an welchem auch eine nochmalige Beratung in der BPK nichts bringt. Für die weiteren Schritte ist eine Planung zwingend. Das Volk soll die Möglichkeit erhalten, sich grundsätzlich dazu zu äussern, ob die Kooperation mit Bottmingen erwünscht ist oder nicht. Auch wenn er dem ersten Antrag zugestimmt hat, nimmt er sich heraus, allenfalls das jurierte Projekt später abzulehnen.

Mit 24 Ja, 11 Nein bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

://: 5.2 Dieser Beschluss wird dem Behördenreferendum unterstellt.

Traktandum 6**Gesch. Nr. 103**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.4.2010:

Bewilligung eines Kredits von CHF 90'000— für die Anschaffung eines Kommunalfahrzeugs als Ersatz für einen AufsitzrasenmäherEintreten:

SVP: U. Weber: Grundsätzlich überzeugt das beantragte Fahrzeug. Kaum zu glauben ist jedoch, dass dieses weder über einen Katalysator noch einen Partikelfilter verfügt. Aus diesem Grund erscheint es sinnvoll, die Anschaffung um ein Jahr hinauszuschieben. Möglicherweise haben bis dann die gesetzlichen Bestimmungen geändert und sind Vorschrift.

FDP: R. Moll: Die Vorlage ist gut verständlich abgefasst. Seine Fraktion stimmt dem Kredit zu. Das Fahrzeug kann optimal eingesetzt werden und ist ökologisch vertretbar, weil weniger Salz gebraucht wird. Der Einbau eines Partikelfilters ist umstritten. Aufgrund seiner Erfahrung beim Tunnelbau ist davon abzusehen. Die Fahrzeuge benötigen lange, um die entsprechende Temperatur zu erreichen, damit der Filter wirksam wird. Die Technik ist noch nicht genügend ausgereift.

CVP: S. Bräutigam spricht sich im Namen ihrer Fraktion ebenfalls für die Anschaffung aus. Das Fahrzeug ist multifunktional einsetzbar. Dadurch erübrigt sich die Anschaffung einer Rasenmähers und Anhängers, was Kosten einspart.

Grüne/EVP: A. Jagtap dankt den Verfassern der Vorlage, welche die Beschaffung in allen Belangen untersuchten. Trotzdem sind einige Anmerkungen anzubringen: Die Anschaffung wird mit 130 Metern mehr Schneeräumungsstrecke begründet, was nicht überzeugend wirkt. Wahrscheinlich wurde die entsprechende Bildlegende verwechselt. Positiv ist, dass man vom Salz weg kommt, dies wäre auch bei den grösseren Fahrzeugen wünschenswert. Auch wenn das Vehikel den heutigen gesetzlichen Abgasvorschriften entspricht, müsste in dieser Hinsicht mehr getan und für Kommunalfahrzeuge alternative Antriebe geprüft werden. Aus diesem Grund wird sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

SP: S. Abt: Grundsätzlich wird dem Kredit zugestimmt: Die Optimierung bei der Pflege des öffentlichen Raums ist positiv. Was den Partikelfilter betrifft, so gehen die Meinungen in ihrer Fraktion auseinander. Der Gemeinderat soll die Anschaffung auch hinsichtlich eines möglichen gemeinsamen Werkhofs mit Bottmingen prüfen.

SVP: C. Anliker schliesst sich der letzten Aussage an. Er würde es als richtig erachten, dass mit der Beschaffung zugewartet wird, bis ein Entscheid zum Werkhof vorliegt.

Grüne/EVP: R. Bänziger stellt den Antrag, dass ein mit Partikelfilter ausgerüstetes Fahrzeug gekauft wird. Wird dieser abgelehnt, soll die Anschaffung um ein Jahr zurückgestellt werden.

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Schuler* bestätigt, dass auf dem Plan auf Seite 6 ein Fehler unterlaufen ist. Im Gegensatz zu bisher ist die vom Schnee zu räumende Fläche um 700 m grösser. Mit Inkrafttreten des Quartierplans im Bereich Kronenplatz ist dies Aufgabe der Gemeinde. Die Anschaffung wurde sehr sorgfältig abklärt, insbesondere auch in Anbetracht eines gemeinsamen Werkhofs. Fahrzeuge mit Partikelfilter gibt es zwar, doch sind sie für die Praxis ungeeignet. Das Modell Carraro ist klein und kompakt, so dass kaum der nötige Platz vorhanden ist. Eine diesbezügliche Diskussion wurde vor wenigen Jahren bereits geführt; es trifft zu, dass die notwendige Betriebstemperatur nicht erreicht wird, damit der Filter etwas nützen würde. Die Vorlage war bereits für die Mai-Sitzung bereit, wurde jedoch mehrfach zurückgestellt. Nicht zuletzt wegen des Winterdiensteinsatzes wird die Anschaffung nachgerade dringend.

Das Argument, dass wegen 720 Metern mehr Trottoirfläche das Fahrzeug angeschafft werden soll, überzeugt *U.-P. Moos, SVP*, nicht. Verzichtet man auf einen neuen Auffangbehälter, der gewiss noch ein Jahr taugt, so halten sich die Reparaturkosten in Grenzen. Er stellt den Antrag, die Anschaffung um ein Jahr zu verschieben.

Gemeinderat M. Keller vertritt die Ansicht, dass bei Nichterwerb des Fahrzeugs Kosten laut Experten andernorts anfallen. Tatsache ist auch, dass es für diesen Gerätetyp keinen wirksamen Partikelfilter gibt. Eine Spezialanfertigung bedeutet einen Aufpreis von CHF 15'000. Es ist nun am Einwohnerrat, diese Mehrkosten zu bewilligen.

Grüne/EVP: R. Bänziger hält am Antrag fest. Denn wenn es zutrifft, dass der Filter aufgrund der zu kurzen Strecken untauglich ist, wäre ein Elektrofahrzeug als Alternative zu prüfen.

Präsident A. Achermann lässt über die Anträge abstimmen.

://: Der SVP-Antrag um Rückstellung des Geschäfts um ein Jahr wird mit 20 Nein, 14 Ja bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

://: Der Antrag der Grünen/EVP zur Anschaffung eines Fahrzeugs mit Partikelfilter zu einem Mehrpreis von CHF 15'000 wird mit 18 Nein, 10 Ja bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Für die Beschaffung eines winterdiensttauglichen Kommunalfahrzeugs "Carraro" als Ersatz für den heutigen Aufsitzmäher wird ein Kredit von CHF 90'000.— bewilligt.

Traktandum 7

Gesch. Nr. 117

Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 3.8.2010:

Postulat SVP: Direkte Subjektfinanzierung bei der familienexternen Kinderbetreuung auch im Kindergarten- und Primarschulalter

Eintreten:

Grüne/EVP: R. Bänziger: Die Subjektfinanzierung ist vom Kanton nur für den Bereich Vorkindergarten vorgesehen, nicht jedoch für den Schulbereich. In der kantonalen Vorlage für die familienexterne Kinderbetreuung im Schulbereich ist offenbar die Objektfinanzierung vorgesehen. Somit besteht kein Spielraum auf Gemeindeebene. Wäre die Subjektfinanzierung möglich, hätte dies die freie Schulwahl zur Folge, was das Stimmvolk letztes Jahr ablehnte. Weil bei diesem Thema der Kanton massgebend ist, macht es keinen Sinn, das Postulat weiter zu bearbeiten. Trotz Sympathie für die Anliegen der betroffenen Eltern, lehnt ihre Fraktion den Überweisungsantrag ab.

CVP: K. Bartels teilt diese Auffassung nicht und plädiert für Überweisung. Auch wenn der regierungsrätliche Vorschlag für den Schulbereich die Objektfinanzierung vorsieht, soll als Alternative die Subjektfinanzierung in Betracht gezogen werden. Die Vorlage ist so formuliert, dass ältere Geschwister mit den jüngeren im Kita bleiben können, wenn dies keine neue Klassenbildung bedeutet. Diese Variante verdient es, grundsätzlich überlegt zu werden.

Auch *B. Jost, SP*, möchte, dass die entsprechende Abklärung vorgenommen wird. Obschon ein Fragezeichen gesetzt wird, ob durch die Subjektfinanzierung bis Ende Primarschulalter dies der Qualität förderlich ist und sich kostensenkend auswirkt.

M. Ziegler befürwortet seitens der *FDP* seit langem die Subjektfinanzierung auch für dieses Alter. Nachdem der Gemeinderat bereit ist, dieser Frage nachzugehen, kann die Antwort abgewartet werden. Wettbewerb wird sich auch in diesem Bereich positiv auswirken.

SVP: U.-P. Moos ist froh, dass sich eine Mehrheit für die Überweisung des Postulats aussprechen wird. Weil ein neues Reglement ausgearbeitet wird, ist jetzt der richtige Zeitpunkt, diese Frage ebenfalls zu klären.

Stellungnahme des Gemeinderats: *N. Schwarz* merkt an, dass dies ohnehin Gegenstand der laufenden Abklärungen ist. Somit rennt der Vorstoss offene Türen ein. Sie möchte nicht all zu grosse Hoffnungen wecken. Jedoch hat Bottmingen eine Subjektfinanzierung für alle Betreuungsangebote von Kleinkindern bis Schulkindern. Es muss eine Lösung gefunden werden, welche für die heutige Situation stimmt; eine spätere Anpassung ist jedoch nicht auszuschliessen.

Mit grossen Mehr wird beschlossen:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 8

Gesch. Nr. 113

Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 20.8.2010:

Weniger aufgerissene Kehrichtsäcke in Binninger Strassen

Eintreten:

L. Metzger dankt dem Gemeinderat für seine Stellungnahme. Die CVP-Fraktion ist allerdings nicht bereit, den Vorstoss als erledigt abzuschreiben. Damit, dass abgewartet werden soll, was Basel diesbezüglich unternimmt, ist das Problem noch nicht behoben.

SVP: S. Keller regt an, dass der Gemeinderat dafür besorgt ist, dass die Entsorgungsfirma nicht vor sieben Uhr morgens ihre Tour beginnt. Die Bevölkerung sollte zudem über den ungefähren Fahrplan der Abfuhr in jedem Quartier informiert werden. So können die Säcke erst frühmorgens auf der Strasse deponiert werden. Die Tiere bedienen sich vorwiegend während der Nacht aus den Kehrichtsäcken. Ihre Fraktion wird dem Antrag auf überweisen und abschreiben zustimmen.

Grüne/EVP: B. Büschlen befürwortet nur die Überweisung des Postulats, aber nicht dessen Abschreiben. Interessant wird sein, zu welchen Ergebnissen die Prüfung einer flächendeckenden Einführung von Containern in Basel-Stadt kommt. Abhilfe schafft die Bioklappe für die organischen Abfälle. Gemäss ihrer Erfahrung fallen die Kosten nicht höher aus, weil weniger Abfallmarken gebraucht werden.

://: 8.1 Das Postulat wird grossmehrheitlich an den Gemeinderat überwiesen.

8.2 Der Antrag auf Abschreibung des Postulats wird mit 20 Nein, 12 Ja bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Traktandum 9**Gesch. Nr. 116**

Interpellation SVP vom 18.6.2010:

Minikreisel und Blumenrabatten an der Paradiesstrasse*Gemeindepräsident C. Simon antwortet.*

Frage 1: Sind die obigen Kostenvorgaben eingehalten worden oder kam es zu Kostenüberschreitungen, die nicht teuerungsbedingt sind? Wenn ja, weshalb?

Das Projekt ist noch nicht restlos abgeschlossen. Die Bauarbeiten sind noch nicht fertig abgerechnet. Wenn dies der Fall ist, wird dem Einwohnerrat die entsprechende Abrechnung unterbreitet.

Frage 2: Bei der Einfahrt zur Gärtnerei an der Paradiesstrasse wurde eine Rabatte erstellt und gleich wieder abgerissen. Welche Kosten entstanden dabei und weshalb war dieser Rückbau notwendig?

Diese Feststellung trifft nicht zu, bei der Gärtnerei wurde keine Rabatte angelegt; denn letztere gab zu bedenken, dass eine Rabatte die Zulieferung mit Lastwagen behindert. Deshalb wurde darauf verzichtet und somit entstanden keine Kosten. Im Moment ist ein Provisorium erstellt. Derzeit laufen noch Tempomessungen bezüglich Einhaltung von Tempo 40, welche abgewartet werden. Allenfalls wird eine Temporeduktion notwendig.

Frage 3: Ist vorgesehen, dass die Verkehrsteilnehmer/innen die Aufpflasterung beim Minikreisel befahren, d. h. ist die Aufpflasterung Teil der Fahrbahn?

Der Minikreisel ist einspurig, weil dieser jedoch auch von grösseren Fahrzeugen, wie z. B. einem Gelenkbus befahrbar sein muss, wurde der Innenteil mit einer Pflasterung versehen.

Frage 4: Ein gleichzeitiges Befahren des Kreisels von einem Auto resp. Bus oder Lastwagen und einem Velo ist nicht möglich resp. führt zu einer Gefährdung des Velofahrenden. War dies vorgesehen?

Die Antwort lautet nein. Velos sollen sicherheitshalber in der Mitte der Verkehrsspur fahren.

Frage 5: Im Winter wird die Aufpflasterung sehr schnell vereist sein. Es besteht Unfallgefahr. Erschwert diese den Winterdienst?

Der Gemeinderat ist sich dieses Risikos bewusst. Daher werden Busstrecken vom Winterdienst mit Priorität behandelt.

Frage 6: Auf der Höhe der Rabatten ist das Kreuzen zweier Busse sowie eine schnelle Fahrt von Rettungsfahrzeugen (Ambulanz, Feuerwehr) erheblich beeinträchtigt. Wurde dieser Aspekt vergessen?

Die heutige Fahrspur weist die bisherige Breite von mindestens 6 m auf. Das Kreuzen von Bussen ist möglich.

Frage 7: Beim Minikreisel wurde eine Bepflanzung mit Wechselflor vorgenommen. Wie hoch sind die diesbezüglichen wiederkehrenden Kosten?

Die Blumen wurden nur für diesen Sommer angepflanzt, weil noch Pflanzen vorhanden waren. Definitiv werden nur die Inselköpfe saisonal mit Blumen bepflanzt. Die grösseren Flächen werden mit pflegeleichten immergrünen Pflanzen versehen.

Frage 8: In der Vorlage wurde bei den Rabatten eine pflegeleichte Bepflanzung in Aussicht gestellt. Wird an dieser festgehalten oder sollen die Rabatten nun ebenfalls mit Wechselflor bepflanzt werden?

Die Rabatten werden wie vorgesehen erstellt.

Frage 9: Von sechs geplanten Rabatten wurden nur vier realisiert. Bleibt es dabei oder werden später die fehlenden an einem anderen Ort gebaut?

Bisher sind fünf Rabatten erstellt worden. Die letzte ist die oben bei Frage 2 erwähnte auf Höhe der Gärtnerei Senn.

SVP: *B. Bürgin* ist nicht einverstanden mit der Antwort auf Frage 2. An jener Stelle war der Graben bereits ausgehoben und ist dann wieder zugeschüttet worden, am gleichen Ort, wo heute das Provisorium steht. Auch bezüglich das Bauen und die Finanzen ist sie nicht glücklich.

Die Interpellanten sind von der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt.

Traktandum 10

Gemeinderätin A. Schuler macht folgenden Hinweis: Im Zusammenhang mit dem internationalen Jahr der Biodiversität hat der Verein Ökogemeinde Binningen ein Jahresprogramm zusammengestellt, wofür ihm an dieser Stelle zu danken ist. In diesem Rahmen ist am 16. Oktober 2010 ein "Tag der Artenvielfalt" geplant. Sie möchte alle zum Besuch des Hochstamm-Obstbaumgartens auf dem Bruderholz animieren. Es bietet sich Gelegenheit, auf den Unteren Jucharten rare Obstsorten kennen zu lernen.

Gemeinderätin A. Mati: Bekanntlich findet vom 24. - 26. September die Gewerbeausstellung statt. Dabei ist auch die Gemeinde als Ausstellerin vertreten. Einerseits wird sich die Wärmeversorgung Binningen AG präsentieren, ausserdem werden die neuen kommunalen Energiesparmassnahmen durch kompetente Fachleute vorgestellt und erläutert. Sie hofft auf zahlreiche Besucher/innen.

Abschliessend gibt *Präsident A. Achermann* bekannt, dass die engste Mitarbeiterin des Einwohnerrats, Brigitte Christen, sich entschlossen hat, vorzeitig in Pension zu gehen. Ihr letzter Arbeitstag fällt auf den 15. Oktober. Somit ist dies ihre letzte Sitzung, an der sie teilgenommen hat. Sie war seit 1994 auf dem ER-Sekretariat tätig. Sie hat insbesondere die Protokolle abgefasst, war aber auch besorgt für die unerlässlichen Sitzungsunterlagen, die Vorbereitung der Büro-Sitzungen usw. Sie hat wertvolle Unterstützung geleistet, wofür er ihr ganz herzlich dankt. Er wünscht ihr für den neuen Lebensabschnitt alles Gute.